

# Zuhause ist mehr als ein Dach über dem Kopf

Autor(en): **Badran, Jacqueline**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **90 (2015)**

Heft 9: **Bad**

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-594281>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ZUHAUSE IST MEHR ALS EIN DACH ÜBER DEM KOPF

Von Jacqueline Badran

Es ist Wahlkampfzeit. Wahltag ist Zahlag, sagt der Volksmund. Hat er recht, sollte ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, beherzt über alle meine politischen Erfolge berichten und Ihnen erklären, weshalb Sie nichts anderes als sozialdemokratisch wählen können. Zum Beispiel, dass ich die «Lex Koller» vor deren Abschaffung gerettet habe. Dieses wichtige Gesetz verbietet es Personen im Ausland, Wohnimmobilien zu erwerben. Dieser Vorbehalt, dass Immobilien denjenigen gehören, die hier leben, arbeiten, geschäften und Steuern zahlen, schützt die Genossenschaften zum Beispiel bei Landkäufen vor überflüssiger und preistreibender Konkurrenz. Kapital haben wir schliesslich mehr als genug in der Schweiz. Land hingegen nicht. Die Immobilien dürfen nicht zu reinen Anlageprodukten verkommen. Wir reden hier ja schliesslich über unser Zuhause. Oder zum Beispiel, dass ich kleine Schritte vorangekommen bin beim Aufbau einer nationalen Immobilienpolitik, die diesen Namen verdient. Oder dass ich eine Initiative des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes miterarbeitet habe, die wir soeben lanciert haben. Sie verlangt eine drastische Erhöhung des Anteils an Genossenschaftswohnungen.

Aber was soll ich über solche Bagatellen schreiben angesichts des weltweiten Elends? Sechzig Millionen Vertriebene – so viele wie nie zuvor – suchen ein neues Zuhause. Schutz- und Chancensuchende werden wie Ware herumgetrieben, ertrinken im Mittelmeer, werden am Strassenrand erstickt in Lastwagen abgestellt. Die unsägliche Not dieser Ohnmächtigen macht mich ohnmächtig. Und sprachlos. Und zornig. Was für eine Welt haben wir geschaffen, in der Millionen Menschen ihr Leben riskieren für ein besseres? Wie unvorstellbar schlimm muss ihr Leben denn sein, dass sie das auf sich nehmen?

Als ich in den 70er-Jahren ein Teenie war, haben wir in Freundeskreisen darüber diskutiert, warum wir ein T-Shirt für fünf Franken kaufen können. Vielleicht hatte das mit Kinderarbeit in Indien zu tun. Wir debattierten heftig darüber, was unser Reichtum mit der Armut in der drit-

ten Welt zu tun hatte. Für die Sozialdemokraten war klar, dass wir die Ausbeutung exportiert hatten. Wir warnten also bereits vor über vierzig Jahren davor: Wenn wir die weltweite Ausbeutung, das Elend und die Armut nicht verringern, werden wir Millionen Menschen haben, die bei uns an der Tür anklopfen. In den 80er-Jahren warnten wir vor Umweltflüchtlingen, wenn wir Klimaerwärmung, Boden-erosion, Urwaldrodung nicht in den Griff bekämen, ja, dann würden wir Millionen von Flüchtlingen haben, die keine Lebensgrundlage besitzen und ein neues Zuhause suchen müssen. Wir bekämpften ebenso die Waffenexporte. Friedens-



Bild: zVg.

**Nationalrätin Jacqueline Badran schreibt in *Wohnen* zweimonatlich über ein aktuelles politisches Thema. [www.badran.ch](http://www.badran.ch)**

politik war ein Kernanliegen. Wir warnten vor drohenden Bürgerkriegen, die Millionen Menschen zu Flüchtlingen machen. Wir bekämpften die Annahme von Fluchtgeldern korrupter Diktatoren, die ihre Bevölkerung ausbeuten. Fluchtgelder im sicheren Hafen Schweiz produziert Flüchtlinge, sagten wir.

Und heute? Was machen wir in der Politik? Wir bekämpfen Vertriebene statt die Ursachen der Flucht. Wir verstehen nicht mehr, dass unser Reichtum etwas mit der Armut der anderen zu tun hat. Jugendliche reden darüber, ob die T-Shirts für fünf Franken bei H&M oder bei Zara cooler sind. Schlimmer noch. In der letzten Nationalratssession haben wir die sogenannten PEPs (Politisch exponierte Personen – also Diktatoren) geschützt.

Ebenso ist unser Versuch gescheitert, Grosskonzerne – wie unsere Rohstoffhändler – für ihr globales Handeln in die Verantwortung zu nehmen, bezüglich Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Im letzten Jahr haben wir die Waffenexporte nach Saudiarabien erhöht, obwohl wir genau wissen, dass diese an den Islamischen Staat gelangen. Eine Schande ist das. Und im Wettstreit um die Rezepte gegen das dahergeordnete Asylchaos werden dumme, nutz- und herzlose Vorschläge herumgereicht. Mauern hoch, Asylmoratorium, Abschreckung. Wie wenn irgendetwas davon Verweigerung abhalten könnte.

Wir wissen alle, dass die Schweiz allein die Welt nicht retten kann. Wir wissen alle, dass wir nicht einmal einen winzigen Bruchteil aller Vertriebenen aufnehmen können. Aber wir stehen in der Pflicht, unseren Teil beizutragen, um die Ursachen der Flucht entschieden zu bekämpfen. Wir müssen das Kapital verteilen, nicht die Menschen. Wir müssen uns friedenspolitisch entschiedener engagieren, aufhören, Diktatoren zu beschützen, Waffenexporte stoppen, in Freihandelsabkommen die dritte Welt begünstigen statt zu benachteiligen, die Umweltzerstörung in Afrika beherzt bekämpfen. Ausbeutung ist kein Business-Modell – auch wenn wir sie nicht mehr direkt vor der Haustüre betreiben.

Ich bin überzeugt, dass 99 Prozent der Menschen nichts anderes als ein Leben in Würde und Frieden wollen. Und zwar dort, wo sie herkommen, die Sprache sprechen, die Kultur kennen, Familie und Freunde haben. Eben zu Hause. Denn Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Politisch werde ich auch in den nächsten Jahren gegen jegliche Ausbeutung kämpfen, hier und auf der ganzen Welt, im Kleinen wie im Grossen. Das ist nämlich der Grund, weshalb ich mich so vehement für das Wohngenossenschaftsprinzip einsetze. Denn hier wird niemand ausgebeutet, kein Genossenschaftler muss Monat für Monat mit dem hart erarbeiteten Einkommen einem Hauseigentümer Gewinne abliefern. Haben wir es gut. So sollte es allen gehen, nicht ein paar wenigen. ■